

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 137 (1971)

Heft: 1

Artikel: Rüstungswirtschaft und Arbeitseinsatz im Dritten Reich

Autor: Streiff, Sam

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-46680>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

von entscheidender Bedeutung. «In letzter Linie ist es nicht Wissen und Technik, sondern die Persönlichkeit⁵», die wirkt. Wissen und Technik jedoch sind die notwendigen Voraussetzungen.

4. Stoffprogramm

Die besonderen Verhältnisse im Militärdienst zwingen zum vornherein zu einer Einschränkung in der Stoffauswahl. Bei allen Reglementen über Turnen und Sport ist aber eine allseitige *Körpergrundschulung* die notwendige Voraussetzung zu jeder Leibeserziehung. Anatomisch-physiologische Gesichtspunkte spielen dabei die Hauptrolle. Der ganze Körper soll gekräftigt und beweglich gemacht werden. Das Gewehr dient häufig als Handgerät, mit der festen Absicht allerdings, die Waffenhandhabung zu fördern. Mit der Aufnahme von anregenden Übungen wird auch die notwendige Belebung der Kreislauforgane berücksichtigt.

Normalleistungen

Weitsprung	4,33 m	Tauhängeln 5 m	8 ⁴ / ₅ sec
Hochsprung	1,31 m	Hantelheben 17 kg	20 bis 30 mal
Schnellauf 100 m	13 ³ / ₅ sec	Kugelwerfen 5 kg	12 bis 14 m
Tauklettern 5 m	6 ³ / ₅ sec	Kugelstoßen 5 kg	9 bis 11 m

Leistungsprüfungen 1925. Leistungsanforderungen für Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten.

Leistungsfordernde Übungen erfuhren von rein zweckgerichteten Übungen (1907) erst im angewandten Turnen (1912) eine wesentliche Erweiterung. Leichtathletik, Geräte- und Bodenturnen gehörten in der Folge zum allgemeinen Übungsgut. Es zeigte sich bald, daß sich die leichtathletischen Disziplinen für militärische Körperertüchtigung besonders eigneten. Laufen, Springen und Werfen mit bestimmten Leistungsanforderungen traten damit in den Vordergrund. Hindernislaufen und -turnen entwickelten sich zu eigentlichen militärischen Turnübungen. Das führte dann auch dazu, daß in dieser Sparte mit übertriebenen Forderungen (Kampfbahn!) viel gesündigt wurde. Häufig glaubte man auch, an und um Waffen aller Art sinnvolles Turnen zu betreiben. Die Leistung wurde aber oft über jedes physiologische Prinzip gestellt. Ein ungenügender Aufbau im Hindernislaufen hatte vielfach eine ernsthafte Schädigung des Organismus zur Folge. Der «Tanz um die Waffen» war geistlose «Beschäftigungstherapie»!

Kampfübungen (Widerstandsübungen mit einem Partner, Ringen und Schwingen, Bajonettfechten, Zweikampf, Nahkampf) zur Schulung der Aggressivität sind begreiflicherweise in jeder Vorschrift zu finden. Schwimmen und Wasserspringen werden erst 1940 als besonderes Übungsgebiet aufgenommen.

Kampfspiele mit und ohne Ball fanden 1912 Aufnahme in die Armeevorschriften über Turnen und Sport. Sie wurden wegen ihres hohen Bildungswerts bald zu einem wichtigen Bestandteil des militärischen Turn- und Sportunterrichts.

Nachdem 1907 der Versuch gemacht worden war, mit Hilfe von Atemübungen in Verbindung mit Rumpf- und Haltungsübungen auf die körperliche Haltung einzuwirken, blieb die Frage nach der Haltungserziehung in den folgenden Vorschriften unberührt. Haltung schien sich in einer sauberen Achtungsstellung, die sich der Rekrut «nach Maß» anzueignen hatte und auch heute noch hat, zu erschöpfen. Militärische Haltung ist Parade-

stellung und soll zudem der Disziplinierung dienen. Als unnatürliche Krampfhaltung ist sie in der Haltungserziehung unbrauchbar. Die Achtungsstellung mag als militärische Umgangsform ihre Berechtigung haben; mit Körperausbildung oder gar Haltungserziehung hat sie aber nichts zu tun.

Die natürliche, biologisch richtige Haltung soll frei von Zwang sein. Sie ist Ausdruck einer Persönlichkeit. – Die Leibeserziehung bietet eine vorzügliche Möglichkeit, die Haltungserziehung zu unterstützen.

Ein gewisses Sichtungs- und Ordnungsprinzip in der Zusammenstellung des Übungsstoffes ist in allen Reglementen über Turnen und Sport zu erkennen. Für die systematische Gliederung waren zur Hauptsache unterrichtspraktische und anatomisch-physiologische Gesichtspunkte maßgebend. Im neuen Reglement werden es nun in erster Linie methodisch-didaktische Überlegungen, aber auch organisatorische Voraussetzungen sein, die in der Stoffübersicht systembildende Gesichtspunkte liefern. – Die pädagogische Intension im neuen Armeesport läßt sich auch in der Stoffgliederung erkennen.

Literatur

- Burger-Groll, «Leibeserziehung. Grundsätzliches – Methodisches – Stoffliches», Wien 1959.
- Moritz Kloß, «Die Turnschule des Soldaten. Systematische Anleitung zur körperlichen Ausbildung des Wehrmannes, insbesondere für den Feld- und Kriegsdienst», Leipzig 1860.
- Bruno Saubier, «Geschichte der Leibesübungen», Frankfurt am Main 1961.
- Urs Voegtlin, «Körperertüchtigung in ausländischen Armeen», Turnlehrerkurs der Universität Basel, 1968.
- Hugo Wagner, «Humanismus – Militarismus – Leibeserziehung. Zwang oder Freiheit in der Menschenführung», München 1959.

Rüstungswirtschaft und Arbeitseinsatz im Dritten Reich

Betrachtungen zu drei wichtigen Neuerscheinungen

Oberstlt Sam Streiff

Adolf Hitler und seine engsten Mitarbeiter haben der Wehrkraft der deutschen Wirtschaft um so größere Bedeutung beigegeben, als das Wirtschaftspotential des Dritten Reiches nie die Stärke aufwies, deren es zur Verwirklichung der politischen Ambitionen und zur Erreichung der Kriegsziele bedurft hätte. Rüstungswirtschaft, Wehrwirtschaft und Kriegswirtschaft bildeten deshalb schon in den Vorkriegsjahren Gegenstand einläßlicher Studien, die ihren Niederschlag in einem umfangreichen Schrifttum fanden. Als Grundstock dieser Fachliteratur erschienen vor Kriegsbeginn thematisch gruppierte Monographien als «Kriegswirtschaftliche Jahresberichte» 1936/37/38 sowie die vierundzwanzig «Schriften zur kriegswirtschaftlichen Forschung und Schulung¹», beide Sammlungen herausgegeben mit Unterstützung amtlicher Stellen von Dr. Kurt Hesse. Bei diesem Rückblick darf nicht übersehen werden, daß heute in unserem Lande unter Rüstungswirtschaft, Wehrwirtschaft und Kriegswirtschaft

⁵ Carl Gustav Jung, «Psychologie und Erziehung», S. 130, 1946.

¹ Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg.

nicht genau das gleiche verstanden wird wie seinerzeit im Dritten Reich, worüber die Abhandlung «Begriffliches zur wirtschaftlichen Landesverteidigung²» von Dr. Sam Streiff Aufschluß gibt.

Die Struktur dessen, was mit dem Sammelbegriff «Rüstungswirtschaft» bezeichnet wurde, erfuhr im Jahre 1942, also mitten im zweiten Weltkrieg, eine grundlegende Änderung, und zwar sowohl in der Wehrmacht als auch in den zuständigen Ministerien. So ist es denn verständlich, daß nach dem Ausscheiden von General Georg Thomas aus dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt im Oberkommando der Wehrmacht und nach dem Tode des Ministers für Bewaffnung und Munition, Dr. Fritz Todt, ein vollständig neues Bild der Rüstungswirtschaft entstand. Im Zusammenhang mit den hier angestellten Betrachtungen zu drei wichtigen Neuerscheinungen verdienen die beiden Werke «Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft 1918 bis 1943/45» von Georg Thomas und «Das Ministerium Speer – Deutschlands Rüstung im Krieg» von Georg Janssen erwähnt zu werden, die in der ASMZ Nr. 7/1969 ausführlich besprochen worden sind.

Der neukonzipierten Rüstungswirtschaft des Dritten Reiches hat Albert Speer seinen Stempel aufgedrückt. Seine weitauholende Selbstbibliographie³ vermittelt Aufschlüsse, die in den übrigen Werken über den Beitrag der Wirtschaft zur Kriegführung nicht zu finden sind.

Albert Speer, am 19. März 1905 in Mannheim geboren, ist ein begabter Architekt. 1927 schloß er sein Studium an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg mit der Diplomprüfung ab und wurde Assistent von Professor Tessenow, ein Vorzug, den er in den Krisenjahren sehr zu schätzen wußte. Mit seinen Studenten hörte er im Jahre 1930 eine Rede Adolf Hitlers an, der die Zuhörer, und damit auch Speer selber, zu begeistern vermochte. Durch eine Rede des Berliner Gauleiters Goebbels fühlte sich Speer angewidert, und die positive Wirkung Hitlers auf ihn war gemindert, wenn auch nicht ausgelöscht. Im Januar 1931 wurde Speer Mitglied Nummer 474 481 der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), doch er empfand sich damals und auch später immer weniger als Mitglied einer politischen Partei; denn er wählte im Grunde genommen nicht die NSDAP, sondern trat zu Hitler, dessen Erscheinung ihn in der ersten Begegnung suggestiv berührt hatte. Dem Organisationsleiter des Gaues Berlin gelang es, den Architekten Speer unmittelbar vor seiner Abreise nach Ostpreußen in Mannheim ausfindig zu machen, um ihn zu ersuchen, das neue Gauhaus umzubauen. Speer nahm diesen Auftrag seiner Partei dankbar an. Hitler besichtigte den vollendeten Umbau, der seinen Beifall fand. Das war für den jungen Architekten die entscheidende Weichenstellung in seinem Leben. Hitler, der selber gerne Architekt geworden wäre, fand in Speer seinen Wunschtraum erfüllt. So entstand früh eine nachhaltig wirkende Affinität zwischen diesen beiden Menschen. Dieser Konstellation verdankt Speer seinen steilen Aufstieg, vorerst zum Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt und dann nach dem Tode von Dr. Todt zum Reichsminister für das gesamte Rüstungswesen sowie für Straßen- und Flußbau und für sämtliche Kraftwerke. Die Beziehung Hitlers zu Speer war so eng, daß schon der junge Architekt als enger Vertrauter am Privatleben des Führers teilhaben konnte. Unter diesem Gesichtspunkt sind die ohne Überheblichkeit abgefaßten Erinnerungen Speers zu würdigen.

² «Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» Nr. 1/1952.

³ Albert Speer, «Erinnerungen». 610 Seiten mit 78 zum Teil bisher unbekanntem Bild- und Textdokumenten. Propyläen-Verlag, Berlin 1969.

Das vorliegende Werk hat den Charakter einer Selbstbiographie und nicht einer zeitgeschichtlichen Abhandlung. Die Schilderung und Deutung menschlicher Beziehungen ist wohl das Beachtenswerteste an Speers Erinnerungen; denn der bloß äußere Ablauf des Geschehens, soweit Speer an ihm beteiligt war, ist längst bekannt. Der Einblick in die persönlichen Beziehungen mit ihren Intrigen, mit ihrer heuchlerischen Unterwürfigkeit und mit der für Vertraute keineswegs unberechenbaren Verhaltensweise Hitlers rundet das bisher gezeichnete Bild von der Führungsspitze ab. Speers Erinnerungen sind so reich an Einzelheiten, an scheinbar unbedeutenden Episoden und an offenen Bekenntnissen, daß hier an eine summarische Inhalts wiedergabe nicht im entferntesten gedacht werden kann. Mit einigen Hinweisen soll jedoch das Lebenswerk Speers, das mit der Verurteilung durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu 20 Jahren Gefängnis seinen frühzeitigen Abschluß fand, andeutungsweise gekennzeichnet werden.

Albert Speer, Architekt wie sein Vater und sein Großvater väterlicherseits, ist vor allem Baufachmann. Seine Vorliebe für die Gestaltung und Durchführung von Bauten aller Art war deutlich zu erkennen, selbst in den Kriegsjahren, in denen er als Rüstungsminister die schwere Aufgabe der Kriegswirtschaft und der Rüstungsproduktion zu bewältigen hatte. Und jetzt, nach der Entlassung aus dem Spandauer Gefängnis am 1. Oktober 1966, betätigt sich Speer wiederum als Architekt. So ist es denn durchaus verständlich, daß Hitlers städtebauliche Megalomanie den Neigungen Speers in hohem Maße entsprach. Die Verkehrsschwierigkeiten in den eroberten Teilen Sowjetrußlands brachten es mit sich, daß neben Bauten der Heeres- und Luftführung, neben der Beseitigung von Bombenschäden in Berlin und neben dem Bau von Luftschutzbunkern in großen Städten auch die Instandstellung der kriegswichtigen Verkehrswege in den besetzten Gebieten des Ostens zu den Obliegenheiten des Architekten Speer gehörten. Er war stolz darauf, einen kleinen Beitrag zum Kriegsverlauf leisten zu können. Ohne es zu ahnen, bereitete sich der Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt mit diesen militärischen Bauten bereits für seine verantwortungsvolle Tätigkeit als Rüstungsminister vor, die er am 8. Februar 1942 völlig unerwartet übernehmen mußte. Mit Waffenkonstruktion und Kriegsmaterialproduktion war Speer keineswegs vertraut; dennoch übernahm er entschlußfreudig und zuversichtlich sämtliche Ämter seines Vorgängers Todt, ja er bemächtigte sich weiterer Aufgabenbereiche, um als alleiniger Herr und Meister auf dem Gebiete der Rüstung und der Kriegswirtschaft Kompetenzkonflikte nach Möglichkeit auszuschalten. Wohl verstand es Speer, sich mit tüchtigen Sachbearbeitern zu umgeben, doch gelang es nicht, die Kriegsmaterialproduktion so zu entfalten, wie es die Kriegsentwicklung erheischte. Zu den Hauptursachen dieses Rückstandes hat Speer immer die Überbürokratisierung gerechnet, gegen die er vergeblich anlieft. Was darunter zu verstehen ist, veranschaulicht Speer an einem Beispiel nicht zu überbietender administrativer Schwerfälligkeit: Eine Rüstungsfirma bestellte am 11. Februar 1942 1 kg Spiritus, das für einen Spezialzweck dringend benötigt wurde. Trotz ununterbrochenen Schreibereien von einer Amtsstelle zur andern gelang es innerhalb von 10 Wochen nicht, dem Begehren der Rüstungsfirma zu entsprechen. Dem überalterten, durch Tradition gebundenen und schwerfällig gewordenen Organisationssystem des Dritten Reiches stellte Speer die organisierte Improvisation der Alliierten gegenüber.

In mehreren Kapiteln schildert Speer die Schwierigkeiten, die Erfolge und die Versäumnisse auf dem Gebiete der Rüstungsproduktion. Dann folgen die Episoden des Abstiegs, des Zusam-

menbruchs und der Vernichtung. Hitler hatte bereits bei den Rückzügen in der Sowjetunion den Befehl erteilt, durch eine Praxis der «verbrannten Erde» dem Gegner gewissermaßen alle Raumgewinne zu verderben. Dieses Prinzip sollte nun auch im Westen und selbst auf deutschem Gebiet rücksichtslos befolgt werden. Speer, der damals den Krieg als verloren betrachtete, vermochte in einigen wenigen Fällen Hitler zu bewegen, sich mit der bloßen «Lähmung» kriegswichtiger Betriebe zu begnügen, wobei sie nicht restlos zerstört, wohl aber auf längere Zeit unbrauchbar gemacht werden sollten. Dann aber gewann in Hitler wiederum die Zerstörungswut die Oberhand, und die Praxis der «verbrannten Erde» sollte unter anderem auf die Akten der Standesämter, die Bankkonten, die Lebensmittelvorräte, die Bauernhöfe, die Baudenkmäler und die Kirchen ausgedehnt werden. Dieser Explosion des Vandalismus, dieser sinnlosen Selbstzerstörung widersetzte sich Speer, wo es nicht anders ging, indem er unter beträchtlicher persönlicher Gefahr Befehle bewußt sabotierte, ja Speer heckte zusammen mit Vertrauensleuten im Februar 1945 einen Plan aus, um Hitler, Bormann, Goebbels und Ley durch Einführen von Giftgas in den leicht zugänglichen Lüftungsschacht von Hitlers Bunker während einer nächtlichen Gesprächsstunde aus dem Weg zu räumen. Als ob Hitler diesen Plan geahnt hätte, ließ er, der Gasgeschädigte des ersten Weltkrieges, den Lüftungsschacht zu einem 3 bis 4 m hohen Kamin umbauen, so daß das Giftgas nicht mehr unbemerkt hätte eingeführt werden können. Speer war vollständig verwirrt; sein Attentatsplan verschwand aus seinen Überlegungen ebenso schnell, wie er gekommen war. Speer wäre es unmöglich gewesen, Hitler mit der Pistole in der Hand gegenüberzutreten; denn von Angesicht zu Angesicht war Hitlers suggestive Macht über Speer bis zum letzten Tag zu groß. Nun empfand Speer Hitler gegenüber nur noch eine Mischung von Abscheu, Mitleid und Faszination.

Eindrucksvoll sind Speers Schilderungen des letzten Besuches bei Hitler, der Verhaftung und der Verhandlungen vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg. Einige Tage nach der Urteilsverkündung nahm Speer das Urteil an. Auf einen Gnadenappell an die vier Siegermächte verzichtete er; denn er bekannte sich mitverantwortlich für die Zwangsdeportationen ausländischer Arbeitskräfte und für den Einsatz sowjetrussischer Kriegsgefangener in der Rüstungsindustrie. In seinem vielbeachteten Schlußwort vor dem Gerichtshof schilderte Speer die Gefahren der Technokratie und schloß mit den Worten: «Je technischer die Welt wird, um so notwendiger ist als Gegengewicht die Forderung der individuellen Freiheit und des Selbstbewußtseins des einzelnen Menschen... Darum muß dieser Prozeß ein Beitrag sein, die Grundregeln menschlichen Zusammenlebens festzulegen. Was bedeutet mein eigenes Schicksal, nach allem, was geschehen ist, und bei solch einem hohen Ziel?»

Die von Albert Speer verfaßten «Erinnerungen» erfahren durch das Dokumentarwerk von Boelcke eine Ergänzung von unschätzbarem Wert⁴. Die Veröffentlichung der einundneunzig erhaltenen Protokolle der zwischen Hitler und seinem Rüstungsminister Speer geführten Besprechungen gestattet einen Blick hinter die Kulissen. Die in den «Speer-Protokollen» festgehaltenen rund zweitausendfünfhundert «Führerentscheidungen» bilden den konzentrierten Niederschlag der Weisungstätigkeit

⁴ «Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg – Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945», herausgegeben und eingeleitet von Willi A. Boelcke. 495 Seiten. Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion, Frankfurt am Main 1969.

Hitlers auf dem Gebiete der Rüstungs- und Kriegswirtschaft, der Waffenkonstruktion und Kriegsmaterialproduktion sowie des Bau- und Verkehrswesens.

Albert Speer wurde von Hitler am 8. Februar 1942 mit knappen Worten zum Nachfolger des bei einem Flugzeugabsturz tödlich verunglückten Ministers für Bewaffnung und Munition, Dr. Fritz Todt, ernannt. Im Alter von nur 36 Jahren hat Speer als jüngster Minister innert kürzester Zeit beim Führer eine Vorzugsstellung errungen, die es ihm gestattete, den Zuständigkeitsbereich seines Ministeriums immer mehr auszuweiten, was dann allerdings den Neid anderer Minister und Würdenträger heraufbeschwor. Hitlers Worte: «Speer, ich unterschreibe alles, was von Ihnen kommt», war für den jungen Minister gleichsam ein unerwarteter Freibrief. Mit technischen Einzelheiten, Statistiken und Erfolgsmeldungen, dann aber auch mit geschickt formulierten Suggestivfragen erreichte Speer in der Regel die Zustimmung des Führers. Seit 1943, nach der Entscheidungsschlacht von Stalingrad, verfiel Hitler immer häufiger in Zustände der Depression, und seit 1944, wenn der Einfluß euphorischer Medikamente des unentbehrlichen Leibarztes Professor Morell ausblieb, zeigten sich Erschöpfungszustände, so daß der entscheidungsmüde Hitler bei Besprechungen unter vier Augen die Anträge seines Rüstungsministers nicht selten mit einer wortlosen Geste hinnahm. Um so leichter ließen sich ein Nicken des Kopfes oder eine Handbewegung in den Konferenzprotokollen in «Führerbefehle» und «Führererlasse» verwandeln. Diese Konstellation, dann aber auch ganz allgemein der von Speer eingeführte Konferenzstil müssen bei der Würdigung der Verhandlungsprotokolle berücksichtigt werden.

Speer holte aus den einundneunzig schriftlich belegten Konferenzen mit Hitler die denkbar größte Entscheidungs- und Handlungsfreiheit heraus, die es ihm gestattete, den riesigen Verwaltungsapparat, der sich auch auf die besetzten Gebiete erstreckte, in Gang zu halten, um die Rohstoffbeschaffung, die Kriegsmaterialproduktion, die Energieversorgung und das Transportwesen der Kriegführung dienstbar zu machen. Speer, der als der langjährige persönliche Architekt Hitlers «Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt» war, war weder Soldat, noch konnte er je für sich in Anspruch nehmen, als Fachmann für Rüstungs- und Waffenfragen zu gelten. So ist es denn nicht verwunderlich, daß der deutschen Rüstung von 1942 bis Kriegsende der Zug zur Improvisation anhaftete. Mit der Zeit häuften sich technische Fehlleistungen, unzweckmäßiger Einsatz von Arbeitskräften und Produktionsmitteln, ja selbst Aufträge für Kriegsmaterial, das von vorneherein als untauglich beurteilt werden mußte. Hitler hielt auch gegen Kriegsende starr an der vom Kriegsgeschehen überrollten Angriffskonzeption fest. Obwohl zur Verteidigung gezwungen, gab Hitler den Befehl zum Bau von «Vergeltungswaffen» von zweifelhafter militärischer Wirkung. Dann fiel der Wiederaufbau der deutschen Jagdwaffe im Jahre 1944 in eine Zeit, in der bereits bekannt war, daß keine Aussicht mehr bestand, die monatlich in steigender Zahl produzierten Jagdflugzeuge mit dem nötigen Treibstoff zu versorgen. Trotz der Organisationsgabe Speers und seiner Mitarbeiter, trotz hervorragenden konstruktiven und produktionstechnischen Einzelleistungen und trotz der statistisch nachweisbaren gewaltigen Produktionssteigerung hatte Deutschland den Rüstungswettlauf verloren. Verhängnisvoll war insbesondere, daß die Erfahrungen der Frontoffiziere viel zu wenig berücksichtigt wurden. Waffenexperten der Wehrmacht sprachen in diesem Zusammenhang vom Dilettantismus der entscheidenden Führungsinstanzen. Bei den Besprechungen über Rüstungsfragen war die Wehrmachtseite allein durch Hitler vertreten.

Das durch die Kampfweise der Alliierten beeinflusste Kriegsbild wie auch die Kriegslage im allgemeinen änderten sich so rasch, daß die Rüstungswirtschaft, auch wenn Fehlentscheidungen unterblieben wären, der Entwicklung ganz einfach nicht zu folgen vermochte. Dazu kamen die Produktionsausfälle infolge der stets zunehmenden strategischen Bombardierungen; Speer und seine Mitarbeiter schützten diese dann allerdings an Rüstungskonferenzen gelegentlich vor, um Fehldispositionen zu tarnen. Schon im Herbst 1944 begann sich das Rüstungsministerium, umfangmäßig die größte Militärbürokratie des Dritten Reiches, aufzulösen. Der Machtapparat Speers mußte regional aufgesplittet werden; dadurch wurden die Befehlsverhältnisse nur noch verworrener. Hitler wollte im März 1945 Speer nur noch unter der Bedingung im Amte belassen, daß er den Krieg noch nicht als verloren betrachte. Auf das von Hitler gestellte Ultimatum reagierte Speer nach einem Tag Bedenkzeit mit den Worten: «Mein Führer, ich stehe bedingungslos hinter Ihnen!» Diese größtenteils echte, bisweilen aber auch gespielte Ergebenheit und Willfährigkeit waren im Grunde genommen das Geheimnis des Vertrauensverhältnisses zwischen Hitler und Speer.

Die von Hitler getroffenen Entscheidungen, seine Befehle und Anordnungen, seine Meinungsäußerungen und Vorschläge wurden von Speer und seinen Mitarbeitern noch während der Konferenz stichwortartig aufgezeichnet und unmittelbar danach in Form knapper, stilistisch nicht ausgefeilter Protokolltexte festgehalten. Auf diese Weise entstanden Einzelprotokolle der an den Rüstungskonferenzen beteiligten Vertreter des Rüstungsministeriums über die verschiedenen Verhandlungsgegenstände, die von den ins Führerhauptquartier mitgenommenen Sekretärinnen zu einem Gesamtprotokoll zusammengefügt wurden. Die Konferenzprotokolle beanspruchen 416 Seiten des vorliegenden Werkes. Die Art der Formulierung und Darstellung ist aus einem willkürlich herausgegriffenen kurzen Text ersichtlich: «Der Führer nochmals auf die Folge der Feindeinwirkung im Ruhrgebiet aufmerksam gemacht. Ihn an Hand der Daten des Planmaterials genau unterrichtet. Der Führer legt nochmals fest, daß mit aller Dringlichkeit die Beseitigung der Verkehrsschäden durchgeführt werden müsse, da sonst auf keinen Fall der Verkehr im Ruhrgebiet aufrecht erhalten werden kann.» Dann folgt nach Hinweisen auf andere Protokollnotizen, die den gleichen Gegenstand betreffen, die erläuternde Bemerkung: «Vom Mai 1944 bis Januar 1945 hatte sich der industrielle Nettoproduktionswert im Rhein-Ruhr-Gebiet um 43 v. H. vermindert.» Erst dieser Einblick in Inhalt und Ablauf der Gespräche, wie ihn die Speer-Protokolle vermitteln, läßt so richtig erkennen, welcher Belastung der Führer und die Angehörigen der Führungsspitze im Verlaufe der Kriegsjahre ausgesetzt waren.

Für die Versorgung der Streitkräfte und der Bevölkerung mit kriegs- und lebenswichtigen Gütern ist die Regelung des Arbeitseinsatzes, neben der Rohstoffbeschaffung, der Energieabgabe und den Verkehrsverbindungen, von ausschlaggebender Bedeutung. Das Problem der Fremdarbeiter und der Kriegsgefangenen im Kriegseinsatz hat Hans Pfahmann in einer beachtenswerten Studie dargelegt und analysiert⁵.

Die nach dem ersten Weltkrieg einsetzende weltweite Wirtschaftskrise führte auch in Deutschland zu einer Massenarbeitslosigkeit, aber schon in den Vorkriegsjahren 1934 bis 1939 mußten wieder verstärkt ausländische Arbeitskräfte herangezogen werden. Einige Staatsverträge des Reiches mit europäischen Staaten, wie Italien, Ungarn, den Niederlanden, Polen, der

⁵ Hans Pfahmann, «Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945». 238 Seiten. Wehr und Wissen, Verlagsgesellschaft mbH, Darmstadt 1968.

Tschechoslowakei und Jugoslawien, regelten die Anwerbung und die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland. Zunächst galt es, den Bedarf der Landwirtschaft zu decken, weil in diesem lebenswichtigen Wirtschaftszweig der Mangel an Arbeitskräften besonders fühlbar war. Bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges im Herbst 1939 stieg die Zahl der in Deutschland unselbständig erwerbenden Ausländer auf über eine halbe Million.

Mit dem Kriegsgeschehen und mit der Ausweitung der besetzten feindlichen Gebiete gestaltete sich die Beschaffung der erforderlichen Arbeitskräfte immer schwieriger. Die Sicherstellung der für die gesamte Kriegswirtschaft erforderlichen Arbeitskräfte verlangte im Jahre 1942 eine einheitliche Steuerung des Einsatzes sämtlicher verfügbaren Arbeitskräfte. Auf Vorschlag des Rüstungsministers Albert Speer setzte Hitler als Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Gauleiter Fritz Sauckel ein. Mit dieser Neuordnung des Arbeitseinsatzes, die sich auch auf die angeworbenen Ausländer, auf die Zwangsaushebung in besetzten Gebieten und auf den Einsatz der Kriegsgefangenen in der deutschen Wirtschaft erstreckte, schrumpfte das Reichsarbeitsministerium zu einem unbedeutenden, einflußlosen «Rumpfministerium» zusammen; es begnügte sich mit der bescheidenen Rolle eines willigen Durchführungsorgans, das die Weisungen Sauckels zu befolgen hatte.

Hans Pfahmann schildert den gesamten Bereich des Arbeitseinsatzes während des zweiten Weltkrieges im Deutschen Reich in vorbildlich gründlicher Weise, ohne sich in unwesentliche Einzelheiten zu verlieren. Die Anwerbung von Arbeitskräften in den befreundeten und neutralen Staaten, in Polen, in den besetzten westeuropäischen Gebieten und in den eroberten Teilen der Sowjetunion führte bis zum Jahre 1944 zu keinen ernst Spannungen innerhalb der Parteileitung; denn sie erfolgte nach einheitlichen Gesichtspunkten. Ein ausgedehnter Verwaltungsapparat hatte nach den sich oft ändernden Vereinbarungen und Weisungen die für Landwirtschaft, Industrie, Bergbau und Transportwesen erforderlichen Arbeitskräfte bereitzustellen. Wo auf dem Wege der Propaganda und der Freiwilligkeit das Ziel nicht erreicht werden konnte, hatte die Zwangsaushebung den Charakter der Requisition von Dienstleistungen oder gar der Zwangsd Deportierung von Arbeitskräften.

Zu ernst Auseinandersetzungen zwischen dem Generalbevollmächtigten für Arbeitseinsatz Sauckel und dem Rüstungsminister Speer kam es im letzten Kriegsjahr wegen der Errichtung von sogenannten Sperrbetrieben in den besetzten Gebieten, von denen keine Arbeitskräfte abgezogen werden durften, damit eine möglichst aufgelockerte Streuung der Rüstungsbetriebe aufrechterhalten bliebe. Speer begründete die Schaffung dieser Sperrbetriebe mit den unzulänglichen Luftschutzmaßnahmen in den reichsdeutschen Rüstungsbetrieben. Die Entscheidung über diese interne Auseinandersetzung war ein unbrauchbarer Kompromiß; denn die Sperrbetriebe sollten aufrechterhalten werden, während sich Sauckel den Auftrag geben ließ, dreieinhalb Millionen Arbeiter aus den besetzten Gebieten zu holen. Hitler gab schärfste Weisungen an die Militärbefehlshaber, den Anforderungen Sauckels mit allen Mitteln nachzukommen. Sauckel gelang es indessen bei weitem nicht, das vorhandene Defizit des deutschen Arbeitsmarktes zu decken.

Ein Kernstück des Arbeitseinsatzes war die Überführung von Kriegsgefangenen in die deutsche Wirtschaft. Die Vorbereitungen und Weisungen des Oberkommandos der Wehrmacht gingen zwar von den Bestimmungen des Genfer Abkommens vom 27. Juli 1929 über die Behandlung der Kriegsgefangenen aus, doch zeigten sich beim Kriegsgefangeneneinsatz unter dem

Zwang der Verhältnisse Erscheinungen, welche die Problematik der einschlägigen Bestimmungen des Kriegsvölkerrechts, zu denen auch das Kapitel «Kriegsgefangene» der Haager Landkriegsordnung vom 17. Oktober 1907 zu zählen ist, erkennen ließen. In vielen Fällen wurde die der deutschen Rüstungswirtschaft willkommene Lösung darin gefunden, daß der Status der Kriegsgefangenschaft aufgehoben wurde. So verfügte Hitler im Mai 1940 die Entlassung eines Großteils der polnischen Kriegsgefangenen aus dem Kriegsgefangenenverhältnis, doch verblieben sie dem Arbeitseinsatz im Deutschen Reich als zivile Arbeitskräfte. Ähnliche Schübe hat man mit Kriegsgefangenen aus westeuropäischen Staaten vorgenommen, um die ehemaligen Kriegsgefangenen scheinbar ohne Verletzung des Kriegsvölkerrechts auch Arbeiten verrichten zu lassen, die im unmittelbaren Interesse der militärischen Kriegführung lagen. Für die Behandlung der sowjetrussischen Kriegsgefangenen war das Ergebnis einer Besprechung im Oberkommando der Wehrmacht vom August 1941 maßgebend, das unter anderem festlegte, daß zwischen Deutschland und Rußland kein Abkommen über die gegenseitige Behandlung von Kriegsgefangenen bestand und daß das deutsche Interesse darauf gerichtet war, das deutsche Volk gegen die auf Arbeitskommandos befindlichen sowjetrussischen Kriegsgefangenen zu sichern und die Arbeitskraft der Russen auszunutzen. Wie eine Tabelle im Buch «Deutsche Herrschaft in Rußland» von Alexander Dallin zeigt, «gerieten im Laufe des Krieges über fünf Millionen Sowjetsoldaten in deutsche Gefangenschaft. Von diesen wurde nicht ganz eine Million entlassen, um entweder als Zivilisten nach Hause zurückzukehren oder als 'Kollaborateure' den von der deutschen Wehrmacht aufgestellten Verbänden beizutreten. Bei zwei Millionen steht fest, daß sie in der Gefangenschaft starben. Eine weitere Million gilt als vermißt; die meisten von ihnen kamen um oder flüchteten oder wurden vom Sicherheitsdienst der SS (SD) liquidiert. Im Mai 1945 war in den Lagern eine knappe Million noch am Leben.»

Pfahlmann widmet ein besonderes Kapitel dem Einsatz der zivilen Arbeitskräfte und der Kriegsgefangenen im Reich, wobei er die einzelnen Zweige der deutschen Kriegswirtschaft gesondert behandelt. Als Kuriosum sei die Aufstellung von «Kriegsgefangenen-Glaser- und -Dachdeckerbataillonen» erwähnt, die nach Fliegerangriffen stoßweise zur Behebung von Luftschäden eingesetzt wurden. In weiteren Kapiteln wird die Stellung des ausländischen Arbeiters im Arbeitsleben behandelt, so namentlich das Beschäftigungsentgelt, die Steuerpflicht, die Sozialabgaben und dergleichen. Beim Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen waren heikle Probleme zu lösen, wie der Arbeitseinsatz kriegsgefangener Offiziere und Unteroffiziere, die Schwierigkeiten des gemeinsamen Einsatzes von französischen Kriegsgefangenen und französischen Zivilarbeitern infolge ungleicher Behandlung, die Bewachung sowie die Behandlung bei Fluchtversuchen. In Leitätzen und Merkblättern wurde das Verhalten der deutschen Bevölkerung gegenüber Kriegsgefangenen im einzelnen vorgeschrieben. Dann trat im Zusammenhang mit den militärischen Rückschlägen, besonders seit 1943, eine aktive Widerstandsbewegung der Kriegsgefangenen nach außen in Erscheinung; diese versteifte sich gegen Ende 1944. Welche Belastung gegen Kriegsende dem bedrängten deutschen Volk und der notleidenden deutschen Kriegswirtschaft aus der feindseligen Haltung der ausländischen Arbeitskräfte entstand, kann ermessen werden, wenn man bedenkt, daß im September 1944 von insgesamt 35,9 Millionen Arbeitskräften 7,5 Millionen Fremdarbeiter und arbeitende Kriegsgefangene waren.

Die mit wertvollen statistischen Unterlagen und Quellennachweisen durchsetzte Arbeit Pfahlmanns läßt erkennen, daß bei allen Maßnahmen gegenüber ausländischen Arbeitskräften der höchste Nutzeffekt für die deutsche Kriegswirtschaft entscheidend war. Die Arbeitsleistung der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen war mitentscheidend für die Durchführung des Krieges, vermochte aber nicht das bittere Ende der gewaltsamen Auseinandersetzung zu mildern.

Das Schicksal des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, wird im vorliegenden Buch nicht erwähnt. Der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg sprach ihn wie auch den Rüstungsminister Albert Speer in den beiden Anklagepunkten «Kriegsverbrechen» und «Verbrechen gegenüber der Menschheit» schuldig. In beiden Fällen ging es zur Hauptsache um Verbrechen gegenüber Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete sowie um Deportierung und andere unmenschliche Handlungen gegenüber der Zivilbevölkerung. Schuld und Strafe wurden indessen vom Gerichtshof unterschiedlich bemessen; während Speer zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, mußte Sauckel das Todesurteil hinnehmen; nach der Ablehnung seines Gnadenappells wurde es dann auch vollstreckt.

Kritik und Anregung

Eigene chemische Waffen - ein Gebot der Wirklichkeit

In Manövern und Kursen wird immer wieder geschildert, wie ein Gegner mit relativ geringem Aufwand ausgedehnte Geländeabschnitte durch den Einsatz chemischer Waffen nachhaltig sperre. Ein soeben erschienenenes neues Reglement über die chemische Waffe macht uns mit deren Wirkungsweise, mit deren Vor- und Nachteilen noch besser bekannt. Man lehrt und lernt, die Gasmaske binnen Sekunden zum Schutz vor den Auswirkungen wahrscheinlicher chemischer Angriffe aufzusetzen; denn die Gase, die ein potentieller Gegner heute einsetzen könnte, seien so wirksam, daß bereits ein Atemzug davon den sicheren Tod oder Kampfunfähigkeit bedeute. Unwillkürlich fragt man sich angesichts dieser Tatsachen: Warum haben *wir* keine eigenen chemischen Waffen? Trotz unserer vorzüglichen chemischen Industrie?

Die Motive der Gegner von chemischen Kampfmitteln sind ehrenwert – aber weltfremd. Ihnen liegt die Vorstellung vom ritterlichen und anständig geführten Krieg zugrunde. Wenn man schon nicht auf die Gewaltanwendung bei der Austragung von Meinungsverschiedenheiten verzichten wollte, so sollte der Krieg doch nach ritterlichen Spielregeln ausgetragen werden – eine Schlächterei nach ethischen Grundsätzen, auf hohem Niveau sozusagen. Wollte man doch endlich begreifen, wie schizophren diese Haltung ist, welchen Widerspruch der Begriff «Kriegsrecht»